

Anlage 1

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe b)

Antrag auf Einbürgerung

Bitte alle Fragen beantworten. Sollte der Platz nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt machen. Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Einbürgerung und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben

1. Angaben zur Person der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat	
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)		
ausgeübter Beruf		
Telefon/E-Mail/Fax		
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft		seit (Datum)
Datum und Ort der letzten Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
in Mehrehe lebend <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		

2. Ehegattin/Ehegatte/Lebenspartnerin/Lebenspartner

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat	
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)		
ausgeübter Beruf		
Staatsangehörigkeit(en)	Wird die Einbürgerung ebenfalls beantragt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	

Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften

frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Ehe/Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch

3. Status**Status allgemein**

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)
sie ist/sind belegt (Pass, Staatsangehörigkeitsausweis und so weiter) <input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein
frühere Staatsangehörigkeit(en)
Grund des Verlustes
Verlust ist belegt durch

Besonderer Status

Asylberechtigte Asylberechtigter	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	nachgewiesen durch
ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	nachgewiesen durch
Heimatlose Ausländerin Heimatloser Ausländer	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	nachgewiesen durch
Staatenlose/Staatenloser	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	nachgewiesen durch
Gründe für die Anerkennung als Asylberechtigter oder Flüchtling bestehen fort <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		

4. Aufenthaltsorte seit der Geburt

von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)
von	bis	in (Ort und Staat)

5. Derzeitiger Aufenthaltsstatus

Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Aufenthaltserlaubnis	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Aufenthaltsberechtigung	<input type="checkbox"/> Ja, gültig bis <input type="checkbox"/> Nein
Unionsbürgerin/Unionsbürger freizügigkeitsberechtigt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang

Schulbildung

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung/Studium

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Abschluss, Staat)

Arbeitsverhältnisse, selbstständige Tätigkeiten der letzten 24 Monate

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Anschrift des Arbeitgebers, Vollzeittätigkeit mit Stundenzahl pro Woche oder Teilzeittätigkeit mit Stundenzahl pro Woche)

7. Eltern leibliche Eltern Adoptiveltern

Adoption wirksam seit: nachgewiesen durch:

Vater

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> Ja, am <input type="checkbox"/> Nein	

Mutter

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	
letzter Wohnort/Staat	
bereits verstorben <input type="checkbox"/> Ja, am <input type="checkbox"/> Nein	

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerbern

Ehe der Eltern besteht noch <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (wenn nein, bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten)
Antragstellerin/Antragsteller wird vertreten durch (zum Beispiel Vater, Mutter oder Name der berechtigten Person)
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)

8. Kinder**Hier sind minderjährige und volljährige, eheliche und nichteheliche Kinder einzusetzen**

1. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

3. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat
Staatsangehörigkeit	Das Kind soll mit eingebürgert werden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Von diesen Kindern (bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen) stammen aus

jetziger Ehe	früherer Ehe	keiner Ehe	Adoption
--------------	--------------	------------	----------

9. Sprachkenntnisse deutsch/staatsbürgerliche Kenntnisse

Nachweise zu

Deutschen Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate)	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar:	<input type="checkbox"/> Nein
Staatsbürgerlichen Kenntnissen (Einbürgerungstest)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

10. Angaben zu Straftaten im In- und Ausland**abgeschlossene Strafverfahren**

Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Tatbestand und Strafmaß noch nicht getilgter Strafen.
Fügen Sie bitte je Verurteilung eine Kopie des entsprechenden vollständigen Urteils bei.

Angaben zum Gericht, Datum des Urteils, Maßnahme bei Anordnung noch nicht getilgter Maßregeln der
Besserung oder Sicherung

noch anhängige oder eingestellte Ermittlungsverfahren

Angaben zur Behörde/zum Gericht, bei der das Verfahren seit wann anhängig ist oder war

11. Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen**Einkünfte**

Erwerbseinkünfte (netto)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Rente	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Unterhalt/Unterhaltskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Eltern- oder Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Arbeitslosengeld (SGB III)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Bürgergeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Sozialhilfe (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Ja, Betrag Euro/Monat	<input type="checkbox"/> Nein

Alterssicherung

Für Alterssicherung ist gesorgt

Ja, durch

Nein

Krankenversicherung

<input type="checkbox"/> gesetzliche Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> private Krankenversicherung
--	--

Nettoeinkünfte der übrigen Familienmitglieder

Name	Nettoeinkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag	Euro

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert			
<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein	
Name und Anschrift der oder des Unterhaltspflichtigen			
Nettoeinkünfte der oder des Unterhaltspflichtigen <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich			Betrag Euro

Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören?			
<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein	
Gegenüber welcher Person/welchen Personen?			
Unterhaltsrückstände			
<input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von		Euro	<input type="checkbox"/> Nein

12. Sonstiges

Ich habe in der Bundesrepublik Deutschland bereits früher die Einbürgerung beantragt			
<input type="checkbox"/> Ja		<input type="checkbox"/> Nein	
Wenn „ja“ bitte auch die folgenden Fragen beantworten:			
Der Antrag wurde gestellt bei (Behörde, Ort, Aktenzeichen)			
Wurde über den Antrag entschieden, wenn ja, wie?			

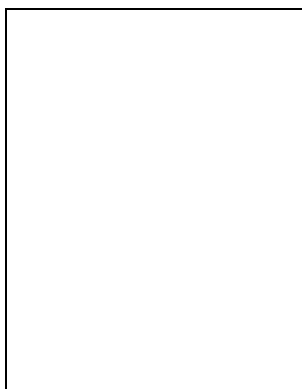
Verwaltungsgebühr:

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt 255 Euro für jede Einbürgerungsbewerberin/jeden Einbürgerungsbewerber; für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen beträgt die Gebühr 51 Euro. Ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung der Einbürgerung oder die Zurücknahme des Einbürgerungsantrags ist grundsätzlich kostenpflichtig.

Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, unverzüglich mitzuteilen.

14. Lichtbild (nur von Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahre)



15. Unterschriften

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben	
_____	_____
Ort, Datum	Unterschrift der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers

Miteinbürgerung von Kindern

Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben	
Ich (wir) beantrage(n) hiermit die Miteinbürgerung für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.	
_____	_____
Ort, Datum	_____
	Unterschrift(en) der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en) durch die Einbürgerungsbehörde

Datum

Unterschrift

Anlage 2

(zu Ziffer 1 Nummer 1 Buchstabe d)

Information über die im Einbürgerungsverfahren beizubringenden Nachweise

Um das Einbürgerungsverfahren durchführen zu können, benötigt die Einbürgerungsbehörde die nachfolgend aufgeführten Nachweise.

Personenstandsurkunden (zum Beispiel Geburts- oder Eheurkunde) und Identitätsnachweise (Pass, Passersatzpapier oder Ausweis) sind im Original beizubringen. Sonstige Unterlagen sind im Original vorzulegen, dem eine öffentlich oder amtlich beglaubigte Abschrift oder Ablichtung der Urschrift gleichsteht. Bei fremdsprachigen Dokumenten ist - mit Ausnahme des Identitätsnachweises - eine deutsche Übersetzung mit vorzulegen. Die Übersetzung hat durch einen beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu erfolgen.

Sie werden gebeten, diese Nachweise der Einbürgerungsbehörde vorzulegen, möglichst gesammelt als einheitlichen Vorgang.

- Pass, Passersatzpapier, Ausweis
- Nachweis über die derzeitigen Staatsangehörigkeiten, zum Beispiel Pass, Staatsangehörigkeitsurkunde, Bescheinigung des Herkunftsstaates
- eigene Geburtsurkunde
- aktuelles Lichtbild (bei Einbürgerungsbewerberinnen/Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- Lebenslauf, der eine Schilderung des persönlichen und beruflichen Werdegangs enthält (bei Einbürgerungsbewerberinnen/Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben)
- Bescheid über die Anerkennung als Asylberechtigte/Asylberechtigter oder die Rechtsstellung als Flüchtling, Nachweis heimatlose Ausländerin/heimatloser Ausländer oder Staatenlose/Staatenloser
- bei minderjährigen Einbürgerungsbewerberinnen/Einbürgerungsbewerbern Nachweis, wer Vertretungsberechtigter ist
- Eheurkunde oder Urkunde über die Eintragung einer Lebenspartnerschaft
- Geburts-/Sterbeurkunde der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin oder des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners
- Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit der Ehegattin/eingetragenen Lebenspartnerin oder des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners, zum Beispiel Personalausweis, Pass
- frühere Ehen/eingetragene Lebenspartnerschaften: Scheidung, Sorgerecht und gegebenenfalls Nachweis über Unterhaltszahlungen
- Geburtsurkunden, Abstammungsnachweis für die Kinder
- Staatsangehörigkeitsnachweis der mit einzubürgernden Kinder, zum Beispiel Pass
- Urkunden zum Nachweis der gesetzlichen Vertretung
- Nachweis über die Adoption
- Geburts-/Sterbeurkunde der Eltern

- Heirats-/Eheurkunde der Eltern
- Staatsangehörigkeitsnachweis der Eltern
- Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (zum Beispiel Zeugnis, Zertifikat)
- Nachweis über den erfolgreich bestandenen Einbürgerungstest
- Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs
- Schulabgangszeugnis
- Nachweis über die Berufsausbildung
- Nachweis über den Abschluss eines Studiums oder den aktuellen Studienstand
- Zeugnisse der mit einzubürgernden Kinder/Schulbescheinigungen
- Mietvertrag
- Grundbuchauszug
- Vermögensnachweis
- Arbeitsvertrag
- Lohn- oder Gehaltsabrechnungen, Verdienstbescheinigungen der letzten drei Monate aller Familienangehörigen
- Bescheid über Arbeitslosengeld, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, Wohngeldbescheid
- Bewerbungsnachweise
- Kindergeldbescheid, Elterngeldbescheid, Erziehungsgeldbescheid, Bescheid über Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Rentenbescheid
- Nachweis über Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit, Betriebswirtschaftsabrechnung vom Steuerberater
- Einkommensteuerbescheid
- Gewerbeanmeldung
- Rentenversicherungsnachweis
- Nachweis über die private Altersvorsorge
- Nachweis über die Kranken- und Pflegeversicherung
- Nachweis der Erwerbsunfähigkeitsversicherung oder Berufsunfähigkeitsversicherung

weitere Unterlagen:

Anlage 3

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe d)

Einbürgerungsantrag des/der

Familiename, Vorname(n)

Unterrichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Sie haben einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Um prüfen zu können, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung vorliegen, benötigt die Einbürgerungsbehörde bestimmte Angaben zu Ihrer Person.

Wer ist für die Verarbeitung Ihrer Daten verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Behörde und Kontaktdaten

Datenschutzbeauftragte/Datenschutzbeauftragter dieser Behörde ist:

Behörde und Kontaktdaten

Für welche Zwecke werden Ihre Daten erhoben und auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Die Einbürgerungsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens, soweit dies für die Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich ist.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeit ergeben sich aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), der Aufenthaltsverordnung, dem Gesetz über das Ausländerzentralregister, der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister, dem Zehnten Buch Sozialgesetzbuch, der Datenschutz-Grundverordnung und dem Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetz. Insbesondere sind die §§ 31 und 32 des Staatsangehörigkeitsgesetzes einschlägig.

Wenn es im Einzelfall über die gesetzlichen Ermächtigungen hinaus notwendig oder angezeigt ist, werden Sie um eine datenschutzrechtliche Einwilligung gebeten. Sie können diese Einwilligung verweigern. Wenn infolgedessen die Voraussetzungen für Ihre Einbürgerung nicht mehr festgestellt werden können, kann das Verfahren jedoch nicht mehr weiterbetrieben werden und keine Einbürgerung vorgenommen werden. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon aber nicht berührt.

An wen können Ihre Daten übermittelt werden?

Übermittelt werden dürfen Ihre Daten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen an andere Behörden, Gerichte und konsularische Vertretungen sowie an die zuständigen Stellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Im Regelfall erfolgt die Weitergabe der Daten zum Zweck der Abfrage, ob und gegebenenfalls welche für das Einbürgerungsverfahren relevanten Daten dort zu Ihrer Person vorhanden sind, zumindest an die zuständige Ausländerbehörde, das Landeskriminalamt, das Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers und das Landesamt für Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers. Abhängig vom Einzelfall kann darüber hinaus auch eine Weitergabe der Daten an andere Behörden notwendig sein, wie zum Beispiel Sozialbehörden und Standesämter.

Eine Übermittlung an Länder außerhalb der Europäischen Union findet nur statt, soweit dies nach Kapitel V der Datenschutz-Grundverordnung zulässig ist.

Wie lange werden Ihre Daten verarbeitet?

Akten zu Einbürgerungen werden mindestens 30 Jahre, Abschriften der Einbürgerungsurkunden unbefristet aufbewahrt.

Welche Datenschutzrechte können Sie geltend machen?

Gegenüber der Einbürgerungsbehörde können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter den in der Datenschutz-Grundverordnung genannten Voraussetzungen Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen oder das Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen.

Ihnen steht zudem gemäß Artikel 77 der Datenschutz-Grundverordnung ein Beschwerderecht bei der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu:

Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte/Sächsischer Datenschutz- und Transparenzbeauftragter
Devrientstraße 5
01067 Dresden

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 4

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe e)

**Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung
des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und
zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die
nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen**

1.	Familienname, Vorname(n)		
2.	Von dem Inhalt des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und dem Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, beides abgedruckt unter Nummer 3 , habe ich Kenntnis genommen. Erläuterungen dazu finden Sie in dem beigefügten Merkblatt.		
3.	<p>In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgendes Bekenntnis ab:</p> <p>Bekennnis</p> <p>Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:</p> <ul style="list-style-type: none">• das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,• die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,• das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,• die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,• die Unabhängigkeit der Gerichte,• den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,• die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und• dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht. <p>Ich bekenne mich außerdem</p> <ul style="list-style-type: none">• zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie• zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges. <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-top: 10px;"><tr><td style="width: 50%; padding: 5px;">Ort, Datum</td><td style="width: 50%; padding: 5px;">Unterschrift</td></tr></table>	Ort, Datum	Unterschrift
Ort, Datum	Unterschrift		
4.	<p>Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde</p> <p>Das Bekenntnis ist</p> <p><input type="checkbox"/> in meiner Gegenwart von der Antragstellerin/dem Antragsteller unterzeichnet worden</p> <p><input type="checkbox"/> schriftlich eingereicht worden.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-top: 10px;"><tr><td style="width: 50%; padding: 5px;">Datum</td><td style="width: 50%; padding: 5px;">Unterschrift</td></tr></table>	Datum	Unterschrift
Datum	Unterschrift		

Anlage 5

(zu Ziffer I Nummer 1 Buchstabe e)

Loyalitätserklärung

1.	Familienname, Vorname(n)	
2.	<p>Von dem Inhalt der Loyalitätserklärung, die nachfolgend unter Nummer 3 und 4 gleichlautend abgedruckt ist, habe ich Kenntnis genommen. Erläuterungen dazu finden Sie in dem beigefügten Merkblatt.</p> <p>Für mich trifft zu,</p> <p><input type="checkbox"/> dass ich niemals Bestrebungen der in der Loyalitätserklärung genannten Art verfolgt oder unterstützt habe (weiter mit Nummer 3.);</p> <p><input type="checkbox"/> dass ich früher Bestrebungen der in der Loyalitätserklärung genannten Art verfolgt oder unterstützt habe, mich aber inzwischen hiervon abgewandt habe (weiter mit Nummer 4.).</p> <p>Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der in der Loyalitätserklärung genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.</p>	
3.	<p>In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende Loyalitätserklärung ab:</p> <p>Loyalitätserklärung Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die</p> <ul style="list-style-type: none"> • gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder • eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder • durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. 	
	Ort, Datum	Unterschrift
4.	<p>In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende Loyalitätserklärung ab:</p> <p>Loyalitätserklärung Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die</p> <ul style="list-style-type: none"> • gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder • eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder • durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. <p>.</p> <p>Ich habe jedoch früher, in der Zeit von bis derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt. Hierzu mache ich folgende Angaben:</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung dieser Bestrebungen habe ich mich abgewandt.</p>	
	Ort, Datum	Unterschrift

5. **Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde**

Die Loyalitätserklärung ist

- in meiner Gegenwart von der Antragstellerin/dem Antragsteller unterzeichnet worden
 schriftlich eingereicht worden.

Datum

Unterschrift

Anlage 6

(zu Ziffer 1 Nummer 1 Buchstabe e)

Merkblatt zum

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Bekennnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen

und zur

Loyalitätserklärung

Die Einbürgerung kann nur erfolgen, wenn Sie ein **Bekennnis** zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und ein Bekennnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen ablegen. Dazu, was zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gehört, finden Sie unter Nummer 1 Erläuterungen.

Weiter müssen Sie mit der **Loyalitätserklärung** erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen; sofern Sie dies früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen abgewandt haben. Erläuterungen zu dieser Loyalitätserklärung finden Sie unter Nummer 2.

1. Freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik

Zu dieser Grundordnung gehört Folgendes:

Demokratie

Das Volk hat das Recht, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Verwaltung, Behörden) und der Rechtsprechung (Gerichte) auszuüben und die Volksvertretung (Parlamente) in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen.

Rechtsstaatlichkeit

Die Gesetzgebung durch die Parlamente (Bundestag, Landtage) ist an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, das bedeutet, dass die Parlamente keine Gesetze verabschieden dürfen, die gegen das Grundgesetz verstoßen. Die vollziehende Gewalt (Verwaltung, Behörden) und die Rechtsprechung (Gerichte) sind an Recht und Gesetz gebunden, haben diese also zu beachten.

Recht auf parlamentarische Opposition

Die in einem Parlament vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, haben das Recht, als Opposition in dem Parlament tätig zu sein und damit das politische Gegengewicht zur Regierung zu bilden.

Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig, das heißt, dass niemand den Richterinnen und Richtern vorschreiben darf, wie sie entscheiden sollen. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür, die für Diktaturen kennzeichnend sind, sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch

gesetzliche Regelungen unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit staatlichen Organe, zum Beispiel der Polizei, vorbehalten.

Menschenrechte

Die Achtung der Menschenrechte ist für die freiheitliche demokratische Grundordnung von zentraler Bedeutung. Menschenrechte sind Rechte, auf die sich jede und jeder berufen kann, unabhängig von der Nationalität. Die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte gehören zu den Grundrechten. Dazu zählen etwa das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Freiheit der Person, die Religionsfreiheit oder das Recht der freien Meinungsäußerung.

Antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen des Staates sind mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar

Von Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerbern wird ebenfalls verlangt, dass sie keine antisemitischen, rassistischen oder sonstigen menschenverachtenden Einstellungen haben, die in entsprechenden Handlungen zum Ausdruck gekommen sind.

2. Loyalitätserklärung

Keine Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen, die gegen Folgendes gerichtet sind:

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Als Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Aktivitäten anzusehen, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder auf Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung zu einer mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarenden Ordnung abzielen.

Bestand oder Sicherheit des Bundes oder eines Landes

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, die staatliche Einheit zu beseitigen oder ein dazu gehörendes Gebiet abzutrennen.

Sicherheit des Bundes oder eines Landes

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind darauf gerichtet, den Bund oder ein Land oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit wesentlich zu beeinträchtigen, etwa durch terroristische Anschläge.

Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes

Bestrebungen, die eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben sind solche Bestrebungen, die auf die Nötigung von Verfassungsorganen, zum Beispiel des Bundespräsidenten, gerichtet sind.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland

Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden Aktivitäten ausgehen, die mit Gewalt in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates eingreifen. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben Deutschlands mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch nur die entsprechenden Vorbereitungen für eine Gewaltanwendung in einem anderen Staat getroffen werden. Aufrufe zur Gewalt sind ebenso wie die Beschaffung finanzieller Mittel oder von Gütern, die einer militanten Organisation dienen, extremistische Bestrebungen

Verfolgen oder Unterstützen von Bestrebungen

Das Verfolgen oder Unterstützen solcher Bestrebungen kann auf verschiedene Weise erfolgen, z. B. durch eigene Handlungen außerhalb von Organisationen oder durch Funktionärstätigkeit oder aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt.

Anlage 7

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

Familiename, Vorname(n)

Ehegattin/Ehegatte/eingetragene Lebenspartnerin/eingetragener Lebenspartner
der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers

Familiename, Vorname(n)

Einwilligungserklärung

Ich willige ein, dass die Einbürgerungsbehörde zum Zweck der Durchführung

meines Einbürgerungsverfahrens

der von meiner Ehegattin/Lebenspartnerin oder meinem Ehegatten/Lebenspartner beantragten Einbürgerung

Auskunft zu den erforderlichen Daten über meine Person

konkrete Bezeichnung der zu erhebenden Angaben / Unterlagen

bei nachfolgend genanntem Finanzamt einholt:

Finanzamt (Ort/Bundesland)

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Einbürgerungsverfahrens verarbeitet und genutzt.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Weiterbearbeitung meines Einbürgerungsantrags/des Einbürgerungsantrags meiner Ehegattin/meines Ehegatten oder meiner Lebenspartnerin/meines Lebenspartners ohne die Einwilligung oder bei deren Widerruf nicht möglich ist, wenn deshalb Voraussetzungen für die Einbürgerung nicht festgestellt und nachgewiesen werden können. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen; die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird davon aber nicht berührt.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 8

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe b Doppelbuchstabe ee)

Auswertung der Ausländerakten**1. Personalien**

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort/Geburtsland
Staatsangehörigkeit	Ausweisdokument, Gültigkeit
Anschrift	

2. Derzeitiger Aufenthaltsstatus

--

3. Inlandsaufenthalt

Tag der Einreise; Auflistung der Aufenthaltstitel/-rechte und Aufenthaltsgestattungen, jeweils unter Angabe der Rechtsgrundlage.

--

4. Unterbrechungen des Inlandsaufenthaltes durch Auslandsaufenthalte von mehr als sechs Monaten

<input type="checkbox"/> Ja, Zeitraum	<input type="checkbox"/> Nein

5. Unterbrechungen der Rechtmäßigkeit des Inlandsaufenthalts

<input type="checkbox"/> Ja, Zeitraum	<input type="checkbox"/> Nein

6. Besonderer Status

- Besitz eines Reiseausweises für Flüchtlinge (Asylberechtigte/Asylberechtigter, ausländischer Flüchtling, heimatlose Ausländerin/heimatloser Ausländer)
- Staatenlose/Staatenloser

7. Widerrufs-/Rücknahmeverfahren gemäß § 73 des Asylgesetzes anhängig?

- Ja
- Nein
- Nicht bekannt

8. Angaben über anhängige und abgeschlossene Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

- Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):

- Nein

9. Hinweise auf eine politisch-extremistische Betätigung

- Ja (Aktenzeichen, Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand oder Verfahrensausgang angeben):

- Nein

10. Ausschluss der Einbürgerung nach § 11 Satz 1 Nummer 2 oder 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Ja, Begründung:

Nein

11. Sonstige Hinweise

Datum

Unterschrift

Anlage 9

(zu Ziffer I Nummer 2 Buchstabe d)

Einbürgerungsverzeichnis

Einbürgerung gemäß

 Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (gemäß § 8 des Staatsangehörigkeitsgesetzes)**1. Angaben zur Person****1.1 Personalien****Einbürgerungsbewerberin/
Einbürgerungsbewerber****Ehegattin/Ehegatte
eingetragene Lebenspartnerin/
eingetragener Lebenspartner
einzubürgern** Ja Nein

Familienname ggf. Geburtsname		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort Kreis, Staat		
Anschrift		
Familienstand Tag und Ort der Eheschließung	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Ehe/Lebenspartnerschaft aufgelöst/geschieden	<input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet
weitere Ehen Tag und Ort der Eheschließung/Begründung der Lebenspartnerschaft		
Staatsangehörigkeit(en) der weiteren Ehegattin/des Ehegatten		
frühere Ehen/Lebenspartnerschaften:		
von/bis		
aufgelöst durch		

1.2 Status

derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
nachgewiesen wenn ja, durch	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
frühere Staatsangehörigkeit(en)		
Verlustgrund		
besonderer Status		
Asylberechtigte/Asylberechtigter	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
heimatlose Ausländerin/heimatloser Ausländer	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja
Staatenlose/Staatenloser	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Ja

1.3 Aufenthalt, Ausbildung

Aufenthaltsorte (Inland und Ausland, Zeiten, Ort, Staat)		
Schul- und Berufsausbildung (Zeiten, Art, Abschluss, Staat)		

1.4 Eltern der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers**1.4.1 Vater**

Familienname	
ggf. Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.2 Mutter

Familienname	
ggf. Geburtsname	
Vorname(n)	
Staatsangehörigkeit(en)	
Wohnort	

1.4.3 Eheschließung

Tag und Ort der Eheschließung	
Die Ehe besteht noch	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

1.4.4 Vertretungsbefugnis für minderjährige Einbürgerungsbewerberinnen/Einbürgerungsbewerber

Bei Kindern unter 16 Jahre: Antrag wurde gestellt von	
Bei Kindern unter 16 Jahre: dem Antrag wurde zugestimmt von	
Die Vertretungsbefugnis beruht auf	

2. Miteinzubürgernde minderjährige Kinder

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Familienname Vorname(n)			
Geburtsdatum, Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Der Antrag wurde gestellt von			
Die Vertretungsbefugnis beruht auf			

3. Einbürgerungen nach § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Der Antrag stützt sich auf § 9 Absatz 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Wenn ja: Sterbetag der Ehegattin/des Ehegatten/Tag der Rechtskraft des Scheidungsurteils	Sterbetag	Scheidungsurteil rechtskräftig seit

4. Einbürgerungsvoraussetzungen**4.1 Staatsbürgerliche****Voraussetzungen**

	Einbürgerungsbewerberin/ Einbürgerungsbewerber		Ehegattin/Ehegatte	
ausreichende deutsche Sprachkenntnisse	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Keine Ausschlussgründe nach § 11 StAG	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

4.2 Aufenthaltsstatus und -dauer

derzeitiger Aufenthaltsstatus		
geforderte Mindestaufenthaltsdauer	Jahre	Jahre
geforderte Mindestaufenthaltsdauer ist erfüllt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4.3 Straftaten

Strafen im Strafregister (Bundeszentralregister) wenn ja: Gericht/Datum des Urteils/ Straftatbestand/Strafmaß	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Verurteilungen im Ausland	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4.4 Unterhaltsfähigkeit

ausgeübter Beruf		
eigene Netto-Einkünfte monatlich	Betrag (volle Euro) €	Betrag (volle Euro) €
Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein
Alterssicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein
Pflegeversicherung	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, durch: <input type="checkbox"/> Nein
Sozialleistungsbezug	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Art der Leistung seit wann Betrag	Art der Leistung seit wann Betrag
früherer Sozialleistungsbezug	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Art der Leistung Dauer Betrag	Art der Leistung Dauer Betrag
Vertretenmüssen der Inanspruchnahme	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
früherer Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Unterhaltssicherung durch Einkommen der Ehegattin/des Ehegatten	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Minderjährige ohne eigene Einkünfte, Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche		

5. Besondere Bemerkungen

--

6. Ergebnis der Prüfung/Zustimmungserfordernis

<input type="checkbox"/> Antragsstattgabe	<input type="checkbox"/> Antragsablehnung
Zustimmung der Landesdirektion Sachsen erforderlich	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Zustimmung des Staatsministeriums des Innern erforderlich	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Datum _____

Unterschrift _____

Anlage 10

(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Landesamt für Verfassungsschutz
 Neuländer Str. 60
 01129 Dresden

Einbürgerung

Die nachstehend genannte Person hat ihre
 Einbürgerung beantragt. Es wird um Durchführung
 einer sicherheitsmäßigen Überprüfung gebeten.

Datum _____

Unterschrift _____

		Angaben zur Person		Abweichende Schreibweisen	
Familiename, ggf. mit akademischem Titel		Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d <input type="checkbox"/> o. A.			
Geburtsname					
frühere Familiennamen					
Arbeits-, Künstlernamen					
andere Familiennamen (Aliasnamen und so weiter)					
Vorname (Rufname)					
weitere Vornamen					
andere Vornamen (Aliasnamen und so weiter)					
Geburtsdatum		Staatsangehörigkeit			
Geburtsort					
Staat, ggf. Kreis					
andere Geburtsangaben					
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts					
Anschriften in Deutschland (einschließlich Mehrfachwohnsitze) der letzten Jahre					
von	bis	PLZ	Ort	Bundesland	

Sonstige aus der Akte ersichtliche Abweichungen bitte hier eintragen und oben kennzeichnen (durch Ankreuzen)

Anlage 11

(zu Ziffer I Nummer 4 Buchstabe a)

Einbürgerungsantrag des/der

Familiename, Vorname(n)

**Unterrichtung über die Mitwirkung des Landesamtes für
Verfassungsschutz**

Die von Ihnen beantragte Einbürgerung setzt unter anderem voraus, dass keine tatsächlichen Anhaltspunkte vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass Sie Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Liegen solche tatsächlichen Anhaltspunkte vor, kommt die Einbürgerung nur in Betracht, wenn Sie glaubhaft machen können, dass Sie sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt haben.

Zur Prüfung, ob derartige tatsächliche Anhaltspunkte bestehen und dazu, ob nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 oder 4 des Aufenthaltsgesetzes ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse gegen Sie vorliegt, wird das Landesamt für Verfassungsschutz durch eine schriftliche Anfrage beteiligt. Hierzu ist es notwendig, dem Landesamt für Verfassungsschutz Ihre Personalien (Name, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, ausgeübter und erlernter Beruf, Anschrift) sowie frühere Aufenthaltsorte mitzuteilen.

Die rechtliche Grundlage für die Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz ergibt sich aus § 37 des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet nur vorhandenes eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen anderer Verfassungsschutzbehörden über Ihre Person aus und nimmt zu der Anfrage Stellung, falls ihm offen verwertbare Erkenntnisse vorliegen. Gegebenenfalls wird auch das bereits vorhandene Wissen der Einbürgerungsbehörde oder sonstiger öffentlicher Stellen in die Auswertung einbezogen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz werden aufgrund der Anfrage der Einbürgerungsbehörde nur dann Daten in automatisierten Dateien gespeichert, wenn bereits Erkenntnisse über verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Sinne des § 2 Absatz 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vorliegen.

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift